

Rede
des SPD Fraktionsvorsitzenden
Norbert Hartl

zum Haushalt 2010,
zur mittelfristigen Finanzplanung und
zum Investitionsprogramm 2009/2013
im Rahmen der
Plenumssitzung des Stadtrates
am 28. Januar 2010



Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren der Verwaltung und der Medien,
liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

wir entscheiden heute über den zweiten Haushalt der laufenden Wahlperiode.

Aufgrund der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die Befürchtungen bei der Verabschiedung des Haushalts 2009 leider bewahrheitet - die Lage aller Kommunen und auch die der Stadt Regensburg hat sich dramatisch verschlechtert.

Die zu erwartenden Steuermindereinnahmen im Planungszeitraum 2009 -2013 in Höhe von über 70 Mio. Euro erfordern Verantwortungsbewusstsein und Mut, die Wahrheit zu sagen:

Wir müssen sparen und können uns manche Maßnahmen erst später leisten, weil jetzt dafür einfach kein Geld da ist.

Dieses Verantwortungsbewusstsein und diesen Mut hat die Koalition. Insofern war es richtig, im Koalitionsvertrag zwischen CSU und SPD eine Schuldenobergrenze von 350 Mio. Euro festzulegen, um in schwierigen Zeiten noch Handlungsspielräume zu haben.

Das abgelaufene Jahr hat uns einmal mehr bewusst gemacht, dass die Kommunen und wir als Stadträte letztlich auf die eigene Finanzsituation, insbesondere auf die Einnahmenseite nur sehr begrenzt Einfluss haben.

Geldgierige und unfähige Bänker in den Glaspalästen von Geschäfts- und Landesbanken haben weltweit unvorstellbare Summen im Globalisierungswahn und in Zockermentalität in den Sand gesetzt.

Mit Boni und hohen Abfindungen bekamen die Versager in Nadelstreifen Extrabelohnungen, während viele Bürgerinnen und Bürger ihr Ersparnis verloren.

Der Freistaat Bayern hat unter Verantwortung von führenden CSU Politikern mit dem Kauf der HGAA 3,75 Milliarden Euro Steuergelder verpulvert, verbrannt, aus dem Fenster geworfen.

Die Verantwortlichen wollten die Bayern LB zum Global-Player machen und haben dabei letztlich nur das „System Haider“ in Kärnten, kriminelle Geldwäscher, Bilanzfälscher und vermögende Spekulanten gestützt und finanziert.

Wir dürfen auch ausbaden, was Bundes- und Landespolitiker von CDU/CSU und FDP an Wahlversprechen auf unsere Kosten gemacht haben.

Die erste Kostprobe einer völlig verfehlten Bundespolitik von Schwarz-Gelb haben wir mit dem sogenannten Wachstumsbeschleunigungsgesetz erleben müssen.

Ministerpräsident Seehofers Unterschrift unter den Koalitionsvertrag in Berlin bedeutet bis zu einer Milliarde Minus für die bayerischen Kommunen.

Auch ein Anschlag auf die Gewerbesteuer, die von der FDP zur Disposition gestellt wird, ist geplant.

Massive Gebührenerhöhungen würden auf die Bürger zukommen, falls kommunale Dienstleistungen umsatzsteuerpflichtig werden sollten.

Zusammengefasst das Ergebnis der Finanzpolitik von Schwarz-Gelb:

Kommunalfeindlich – unsere weiß-blauen Kommunen trifft es doppelt, wegen Berlin und Bayern. Sie blicken in ein tiefes schwarzes Loch.

Wer, wie die schwarz-gelbe Bundesregierung die Kommunen opfert, um Steuergeschenke an Hotelkonzerne, Erben großer Vermögen und sonstige Besserverdienende zu verteilen, handelt unsozial und kurzfristig. Millionenspenden der Mövenpick-Hotelgruppe, an CSU und FDP, sowie Spenden von Solarworld und der Familie Quandt/Klatten lassen grüßen.

Von Klientelpolitik kann natürlich keine Rede sein, sagt die Klientelpartei FDP.

Der smarte, bis ins ferne Japan beliebte Guido freut sich, wenn Millionen für „**richtige Entscheidungen**“ in die Parteikasse sprudeln.

Meine Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor diesem bundes- und landespolitischen Hintergrund mussten wir die Haushaltsgespräche mit der Verwaltung und der CSU unter großem Zeitaufwand führen.

Ein Unterfangen, das nicht vergnügungssteuerpflichtig gewesen ist, das dürfen Sie mir glauben. Investitionswünsche der Referate von über 500 Mio. Euro mussten auf 290 Mio. Euro gekürzt werden.

Unser Ziel war es, angesichts der fehlenden Steuereinnahmen den Sozial-, Jugend- und Schulbereich soweit wie möglich von Einsparungen zu verschonen. Wir sind stolz darauf, dass uns dies auch gelungen ist.

Wir legen zusammen mit dem Koalitionspartner einen soliden Haushalt vor, der sich nicht in populistische Träumereien und vage Versprechungen flüchtet, wie dies einige Redner heute wieder tun werden, ohne zu sagen, wo das Geld für solche Versprechungen herkommen soll. Wir sind einen vernünftigen Kompromiss zwischen Neuverschuldung und Sparen eingegangen.

Die SPD hat sich 2008 für die Regierungsverantwortung entschieden. Wir sind auch in der jetzt schwierigen Zeit bereit diese Verantwortung zu tragen.

Mit welchem Erfolg können Sie dem Europa Ranking der Unternehmensberatung Contor für das Manager Magazin entnehmen. 2007 stand Regensburg mit der 77. Stelle unter 1000 analysierten Regionen auch schon gut da, aber nun 2009 dank der Regierungsbeteiligung der SPD auf Platz 8.

Die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und auch die Stadtverwaltung brauchen Berechenbarkeit und Zuverlässigkeit. Nur so gibt es eine Chance unsere Stadt weiterzuentwickeln, die notwendigen Weichen zu stellen und erfolgreich durch schwierige Zeiten zu steuern.

Wir Sozialdemokraten sind bei der Bewältigung der Probleme dieser zuverlässige und stabile Faktor, auf den Bürger und Wirtschaft setzen können.

Verwaltungshaushalt:

Steuereinnahmen

Im Jahr 2010 planen wir mit Gewerbesteuerereinnahmen in Höhe von 102 Mio. Euro. Dank unserer seit Jahrzehnten betriebenen Gewerbe- und Industrieansiedlungspolitik, die sich auf zahlreiche Mittelständler stützt, kommt Regensburg immer noch glimpflicher weg als manche andere deutsche Großstadt.

Eine Einnahmeverbesserung durch Erhöhung der Steuerhebesätze bei der Grund- und der Gewerbesteuer kommt für die SPD nicht in Frage. Die Folge wären nicht mehr Einnahmen, sondern Hindernisse bei der Bestandssicherung und Neuansiedlung von Gewerbebetrieben.

Die sinkenden Lohn- und Einkommenssteueranteile erschweren den Haushaltsabgleich mindestens im gleichen Umfang wie die Gewerbesteuereinbrüche. Hier spielt auch eine Rolle, dass immer mehr Menschen trotz einer Vollzeitbeschäftigung von ihrem Lohn nicht leben können und staatliche Ausgleichsleistungen beanspruchen müssen.

Nicht eingeplant in das mittelfristige Programm sind Steuerausfälle für den Fall, dass sich die FDP im Bundestag mit ihrem steuerpolitischen Amoklauf durchsetzen würde.

Auch der Freistaat Bayern lässt uns im Stich, die Verbundquote ist mit 11,94% mit Abstand die niedrigste aller alten Flächenländer.

Da brauchen wir uns dann nicht zu wundern, dass die Schlüsselzuweisungen für Regensburg drastisch sinken.

Wir Sozialdemokraten fordern, die Verbundquote schrittweise auf 15 % zu erhöhen. Ebenso sind die „Artikel 15 Zuweisungen“ mit 580 Mio. Euro für Sozialhilfeleistungen der Bezirke zu niedrig. Als Folge davon wird 2011 und 2012 die Bezirksumlage für Regensburg deutlich steigen.

Die neuesten Hiobsbotschaften aus München lauten:

Der kommunale Finanzausgleich soll stark gekürzt werden. Die Investitionen werden zurückgefahren, kurz gesagt, aus München erwarten uns katastrophale Entscheidungen zu Lasten der Kommunen.

Diese Fakten, die nicht im Verantwortungsbereich der Stadt Regensburg liegen, führen zu dem Ergebnis, dass 2011 und 2012 nicht einmal die Mindestzuführung erwirtschaftet werden kann. Ganz zu schweigen von einer freien Spitze zur Finanzierung der Investitionen.

Angesichts dieser Rahmenbedingungen die Ausgaben der Stadt zusätzlich zu erhöhen, wie es einige hier fordern, ist abenteuerlich und unverantwortlich.

Allgemeine Verwaltungsausgaben

Um für die Jahre 2011 und folgende eine Mindestzuführung und eine freie Spitze zu erreichen, haben wir eine Überprüfung aller Ausgaben unter Einschaltung eines externen Beraters in die Wege geleitet.

Es geht dabei nicht darum, den Haushalt etwa auf dem Rücken der Beschäftigten sanieren zu wollen, sondern darum, das Verwaltungshandeln weiter zu optimieren, Organisationsstrukturen zu hinterfragen, Arbeitsabläufe zu straffen und zu vereinfachen.

Es geht – und das betone ich ausdrücklich – auf keinen Fall um die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen.

Personalkosten

Der größte Posten im Verwaltungshaushalt sind auch heuer die Personalausgaben mit 143,65 Mio. Euro. Hier werden wir zwar einiges straffen müssen, stellen aber eine leistungsgerechte Bezahlung nicht in Frage.

Sparorgien, wie beim Freistaat Bayern, auf dem Rücken der Beschäftigten wird es auch nicht geben.

Angesichts der Haushaltslage bleibt es aber bei der Wiederbesetzungssperre von 6 Monaten auch im Jahr 2010.

Freiwillige Leistungen

In meiner letzten Haushaltsrede habe ich gesagt: *„Vor allem im sozialen Bereich führen freiwillige Leistungen dazu, dass bestimmte Maßnahmen nicht später einmal sündhaft teure hoheitliche Pflichtaufgaben werden“.*

Dieser Satz war für uns in der SPD Richtschnur bei dem Bemühen, den Haushalt ohne Einschnitte bei den freiwilligen Leistungen in den Griff zu bekommen.

Wir sind stolz darauf, dass wir dieses Ziel erreichen und die freiwilligen Leistungen im Haushalt 2010 ohne Kürzungen einplanen konnten.

An dieser Stelle möchte ich mich bei den Empfängern dieser freiwilligen Leistungen, bei allen Vereinen, Verbänden, Organisationen und den vielen Einzelpersonen für ihr meist ehrenamtliches Engagement bedanken. Sie tragen damit ganz wesentlich zum Zusammenhalt in unserer Stadtgesellschaft bei.

Soziales

Wenn unsere Stadt auch in Zukunft eine solidarische Stadtgesellschaft sein soll, müssen unsere Anstrengungen in diesen Bereichen noch erhöht werden. Die Koalition hat in den letzten zwei Jahren viel auf den Weg gebracht.

Wir kümmern uns um Menschen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen – vor allem um Kinder und Familien.

Wir haben eingeführt, dass Kinder aus bedürftigen Familien in Bildungseinrichtungen ein Mittagessen für einen Euro erhalten. Kein Kind bleibt also mehr in der Schule hungrig.

Wir haben die Gebühren der Sing- und Musikschule jetzt so gestaltet, dass Musikförderung vom Talent der Kinder und nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig ist.

Ähnliches gilt mit diesem Haushalt für Sportvereinsbeiträge.

Wir haben einen Sozialbericht auf den Weg gebracht, der klare Maßnahmen vorschlagen wird.

Fast 600 Kinder haben im Jahr 2009 von den Schulmaterialgutscheinen profitiert.

Mit Hilfe der Stiftungen helfen wir in Hunderten von individuellen schwierigen Lebenslagen.

Wir haben Jugendsozialarbeit inzwischen an allen Haupt-, Berufs- und Förderschulen flächendeckend eingeführt. Nun müssen die Grundschulen folgen.

Mit Hilfe von koordinierenden Kinderschutzstellen und mehr Personal im Jugendschutz haben wir die Situation für Kinder und Jugendliche sicherer gemacht.

Auch ältere Menschen, die Hilfe brauchen, stehen für uns im Fokus. Mit den Projekten „Regensburgs nette Nachbarn“ und „Aktiv im Alter“ legen wir jetzt weitere Grundlagen für aktive Teilhabe am gesellschaftlichen Leben.

Wir bauen das Bürgerheim Kumpfmühl neu und zwar als Haus der vierten Generation.

Das Thema wird demnächst dem Stadtrat zur weiteren Beschlussfassung vorgelegt.

Insbesondere dem zukünftigen dramatischen Versorgungsdruck im Bereich von Demenzerkrankungen werden wir damit gerecht.

Die SPD Stadtratsfraktion ist stolz auf ihren Bürgermeister, der federführend für den Sozialbereich zuständig ist.

Menschen in Arbeit zu halten, bzw. wieder zu bringen bleibt die zentrale Herausforderung. Unsere ARGE hat dabei vorbildliche Arbeit geleistet. Die Vorstellung von Schwarz-Gelb im Bund, diese Mischverwaltung zu zerschlagen ist ein Skandal und macht viel kaputt.

Kultur

Der von allen gewünschte Kulturentwicklungsplan ist auf den Weg gebracht.

Wichtig ist uns, dass die Sanierung der Sing- und Musikschule ab 2011 im IP enthalten ist.

Regensburg hat eine vielfältige und lebendige Kulturszene und kann sich mit dem Angebot sehen lassen. Dank deshalb an dieser Stelle all den Kulturschaffenden in unserer Stadt.

Vermögenshaushalt

Schulen und Bildung

Der Einzelplan Schulen ist auch heuer wieder eines der Schwergewichte im Vermögenshaushalt. Mit der Fertigstellung des Von-Müller-Gymnasiums kann in wenigen Wochen eine bedeutende und in der Konzeption als Ganztagsgymnasium wegweisende Einrichtung ihrer Bestimmung übergeben werden.

Bei den neuen Maßnahmen wird mit der Grundschule Prüfening heuer ein Ganztagsangebot im Grundschulbereich in Angriff genommen, das wir für pädagogisch wichtig und für sozial notwendig halten. Ganztagsangebote sind geeignet ein Stück weit die Chancengerechtigkeit für Kinder auch aus bildungsferneren Gesellschaftsschichten zu verwirklichen.

Weitere Grundschulen, wie die in Burgweinting, die Von-der-Tann-Schule / Hohes Kreuz u.a. müssen schnellstmöglich ebenfalls ein Ganztagsangebot erhalten.

Ebenso war uns die Weiterführung der Sanierung des Goethegymnasiums ein Anliegen.

FOS /BOS

Der 1. Bauabschnitt der Beruflichen Oberschule, der als Ersatz für die Räume am Ziegelweg nach dem Wunsch unserer Schulpolitiker 2011 begonnen werden sollte, muss leider um 2 Jahre verschoben werden.

Baubeginn wird spätestens 2013 sein, der Wunschstandort ist die Nibelungenkaserne, Ausweichstandort ist Burgweinting, falls die Grundstücksverhandlungen bis 2011 bei den Kasernen nicht zum Erfolg führen sollten.

Eine Aufteilung der FOS/BOS auf zwei Schulstandorte, davon einen im Landkreis, ist eine Lösung gegen die Interessen der Schule.

Der Vorschlag des Landrats für einen Standort Regenstauf im ehemaligen Kreiskrankenhaus hat nur kirchturmpolitische Gründe.

Die vorsichtigen Äußerungen des Schulleiters der BOS zum Vorschlag des Landkreises irritieren mich ein wenig, da bei Realisierung des Standorts Regenstauf eine Zweihäusigkeit in großer Entfernung für immer zementiert wäre. Wenn ich mich richtig erinnere, ging es am Anfang der Debatte von Seiten der Schule um einen Neubau der BOS fast ausschließlich darum, eine Zweihäusigkeit nicht länger ertragen zu können.

Eine BOS hat eine oberzentrale Funktion und gehört deshalb in die Stadt Regensburg, vor allem auch aus Gründen der leichteren Erreichbarkeit.

Zu einem Schulzweckverband mit dem Landkreis sagt die SPD sofort ja.

Wir wissen um den großen Wert beruflicher Oberschulen, eine Chance für immer mehr junge Menschen über diesen Bildungsweg ihre Zukunft zu gestalten.

Auch und gerade deshalb steht die SPD Fraktion für den zugesagten Baubeginn spätestens im Jahr 2013.

Krabbelstuben, Kindergärten, Horte

Der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen hat auch weiterhin hohe Priorität. Insbesondere Kinderkrippenplätze werden in den nächsten Jahren deutlich ausgebaut.

Sport:

Ein neues Fußballstadion ist eine wichtige Infrastruktureinrichtung für Regensburg.

Der Neubau ist allerdings nicht über den städtischen Haushalt möglich. Das gilt auch für die Infrastruktur.

Es liegt jetzt vorrangig am zukünftigen Hauptnutzer, ob eine tragfähige Lösung für die Errichtung eines Stadions erreicht werden kann.

Kultur- und Kongresszentrum

Obwohl dafür keine Mittel im Haushalt stehen, unterstützen wir die Verwaltung in ihrem Bemühen die planerischen Voraussetzungen für die Errichtung eines RKK zu schaffen und die Standortfrage endgültig zu klären.

Wir halten nach wie vor ein Kultur- und Kongresszentrum in einer Bildungs-, Wissenschafts-, und Kulturstadt für unerlässlich.

Stadtentwicklung – Wirtschaftsförderung

Nibelungenkaserne

Der Erwerb und die Entwicklung des Areals Nibelungenkaserne sollen nach unserer Ansicht über eine Entwicklungsgesellschaft erfolgen.

Das Gelände der Nibelungenkaserne bietet die Möglichkeit im kommenden Jahrzehnt wichtige Impulse für die Entwicklung dieses Stadtquartiers zu eröffnen. Neben unseren Überlegungen zur Schaffung eines Technologieparks und der Abrundung der Bildungseinrichtungen wird auch der Bereich Wohnen hierbei eine Rolle spielen.

Wirtschaftsstandort

Wir sind, was die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt betrifft, gut aufgestellt. Dafür haben wir insbesondere den vielen kleinen, mittleren und auch großen Unternehmen zu danken, die eine große Standorttreue beweisen. Auch von städtischer Seite ist viel getan worden. Dies gilt insbesondere für die Bemühungen von Seiten des

Amtes für Wirtschaftsförderung, auch und gerade im Bereich der Entwicklung und Förderung von Schlüsseltechnologien.

Die Clusterbildungen IT, Biotechnologie und Sensorik seien hier nur beispielhaft erwähnt. Insbesondere die großen Potentiale an der Universität und der Hochschule für angewandte Wissenschaften erfordern nun aber auch die Realisierung eines Technologieparks.

Weitere Ausweisungen von Gewerbeflächen unterschiedlicher Größe müssen forciert werden, um bei Bedarf schnell neue Ansiedlungen tätigen zu können.

Wohnen

Die Stadt braucht dringend sowohl preisgünstigen als auch exklusiven Wohnraum. Neue Wohnbaugebiete im Marina Quartier, dem Zuckerfabrik- und LERAG-Gelände, Am Hohen Kreuz, im Stadtwesten und an der Plato-Wild-Straße sollen zügig voran gehen.

Instrumente für den Bau preisgünstiger Wohnungen, ähnlich dem „Münchner Modell“ sollen beschlossen werden.

Die Stadtbau GmbH wird zusätzliche Programme auflegen und an der Plato-Wild-Straße 300 Wohnungen errichten.

Die Sicherung von preisgünstigem Wohnraum ist der SPD Fraktion ein wichtiges Anliegen. Hier denken wir vor allem an die 1900 Wohnungen der Bayerischen Landesbank in Regensburg.

Das Erfolgsmodell „Soziale Stadt – Humboldtstraße soll ein Nachfolgeprojekt erhalten. Unseres Erachtens ist der Stadtosten hierfür durchaus geeignet.

Verkehr

In diesem Bereich sind neben der Sanierung der Steinernen Brücke und dem Bau der Ostumgehung keine weiteren Großmaßnahmen enthalten.

Bei der Steinernen Brücke wurde eine der Bedeutung dieses Bauwerkes angemessene und zukunftsichere Sanierungsvariante gewählt. Ich danke der Verwaltung und allen Beteiligten für die bisher geleistete Arbeit.

Die Kritik von Herrn Landeskonservator Greipl am Ersatzsteg und am Granitpflaster ist völlig unberechtigt.

Zum Schluss will ich aus aktuellem Anlass noch näher auf den Bürgerentscheid eingehen:

Die Ostumfahrung zwischen Wutzlhofen und der Walhallaallee hat für uns höchste Priorität. Sie hat große Bedeutung für die Entlastung der Konradsiedlung und der Amberger Straße vom Durchgangsverkehr und für kurze Wege zwischen den Gewerbegebieten.

Deshalb haben wir als SPD uns beim Bürgerentscheid auch sehr engagiert und mit 80% eine deutliche Zustimmung zu unserer Haltung bekommen. Sie, Herr Oberbürgermeister, gehören zum ersten Mal bei einem Bürgerentscheid zu den Siegern, darum haben Sie sich am Sonntag auch so gefreut. Wahrscheinlich liegt es aber daran, dass Sie dieses Mal uns als Partner an Ihrer Seite hatten.

Ein JA zum Bürgerentscheid hätte die Stadt um Jahre zurückgeworfen, weil wir für Deckel und gekürzte Zuschüsse keine 25 Millionen Euro hätten aufbringen können.

Die gnadenlosen Populisten der Linken jedoch können alles finanzieren. Sie nehmen das Geld von der eingesparten Sallerner Regenbrücke, Geld das im Haushalt gar nicht eingestellt ist, aber das stört sie nicht im geringsten.

Die Bürgerinnen und Bürger des Brandlbergs kann ich verstehen, wenn sie keine Straße wollen.

Deshalb wird die SPD sich weiter dafür engagieren, auch in Richtung Brandlberg eine Lärmschutzwand im Zusammenhang mit einer neuen Wohnsiedlung zu bauen.

Nicht verstehen und akzeptieren kann ich, wenn die Bürgerinitiative mit unwahren Behauptungen für ein „JA“ kämpft und es hier eine ganze Reihe von Stadträten gibt, die ein solches Agieren noch unterstützen.

Kein Einziger von Ihnen hat im Stadtrat einen Antrag auf Abhilfe bei der Debatte um den Bürgerentscheid gestellt, das wäre das erste gewesen, was sie hätten tun müssen, wenn Sie für einen Deckel sind. Dass aber einige im Stadtrat der Stellungnahme der Stadt gegen einen Deckel zugestimmt haben und anschließend in Anzeigen für einen Deckel eintraten, schlägt dem Fass den Boden aus.

Meine Herren von der ÖDP und CSB, mit dieser Haltung haben Sie ihren letzten Kredit, ernst genommen zu werden, verspielt.

Offensichtlich beziehen Sie Ihr „**fundierte Fachwissen**“ von den bekannten anonymen Diskutanten eines Online Forums, angeführt von einem Rechtsanwalt mit sehr viel Freizeit. Hilfreich ist auch nicht, wenn man, wie Sie Herr Dr. Rieger, den Eindruck erweckt nach allen Richtungen offen zu sein. Ähnliches musste ich von Herrn Tausendpfund lesen.

Flagge zeigen, war das Gebot der Stunde, nicht schwadronieren, um bei allen beliebt zu sein.

Ich bin für Bürgerbeteiligung, aber nicht mehr dann, wenn die Entscheidungsfindung in einem langjährigen Planfeststellungsverfahren erfolgte und die Initiatoren des Bürgerbegehrens wegen Aussichtslosigkeit kein Klageverfahren einleiteten.

Mehr als 300000 Euro hat dieses Vorgehen nun zusätzlich gekostet.

Schlusswort

Ich danke der Kämmereiverwaltung für die gute Vorarbeit, ebenso allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die Unterstützung unserer Arbeit.

Ich danke Ihnen Herr Oberbürgermeister, Ihnen Herr BM Weber und Ihnen Herr BM Wolbergs, allen Referenten und besonders den Kolleginnen und Kollegen meiner eigenen Fraktion für sachliche und faire Zusammenarbeit. Ohne diese Zusammenarbeit wäre es nicht möglich gewesen, zu dem jetzt vorliegenden Ergebnis zu kommen.

Die SPD Fraktion stimmt dem Haushalt der Stadt Regensburg für 2010 und der mittelfristigen Finanzplanung 2009/13, sowie dem Investitionsprogramm zu.

Norbert Hartl
Fraktionsvorsitzender